

„FIT FOR



Veröffentlicht am 2. April 2005

Tags: [Beschlüsse](#), [Familie](#), [Soziales](#)

Beschluss des Landesparteitages Vorbemerkung

Die Bevölkerungsprognose für Sachsen-Anhalt zeigt einen deutlichen Bevölkerungsrückgang. Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich 1 Million weniger Menschen in Sachsen-Anhalt leben als heute. Die Ursache dafür ist es die niedrige Geburtenrate von etwa 1,2 Kindern pro Frau. Der Bevölkerungsrückgang verursacht, dass das Durchschnittsalter der Sachsen-Anhalter stetig ansteigt. Inzwischen ist die Geburtenrate an den Wunsch der realen Rate angepasst, weshalb nicht mehr von einer Überwindung von Hindernissen verfolgt werden muss, sondern es vielmehr um eine gezielte Stimulierung, wenn der Wille zum Stopp dieser Tendenz besteht. Bei jungen Männern ist der Wunsch kinderlos zu bleiben in der Regel weniger ausgeprägt als bei jungen Frauen tendiert. Im Osten Deutschlands nimmt diese Familienform zunehmend Einfluss auf die Zukunftsvorstellungen junger Menschen ein.

Parallel dazu steigt die Zahl der Rentnerinnen und Rentner aufgrund besserer Lebensumstände und längerer Lebenserwartung an. Dies führt zu einer Zunahme der Menschen im Rentenalter.

Das System der Wirtschaftsordnung, auf stetem Zuwachs basierend, erweist sich aufgrund der demografischen Entwicklung. Dies hat negative Auswirkungen auf sozialen Sicherungssysteme, auf die wirtschaftliche Entwicklung und Innovation. Drastisch und schnell sinkende Einwohnerzahl führt zur Entwertung von kommunaler Infrastruktur und privaten Immobilien. Damit einhergehend droht die Schrumpfung der Wirtschaftsleistung.

Familienpolitik ist somit nicht länger nur Sozialpolitik sondern in den Fokus der Staatspolitik gerückt.

Deutlich wurde in den letzten Jahren, dass eine Umkehr und Umsteuern der Politik die demografische Entwicklung ändern muss. Der Generationenvertrag muss endlich sein zweites Leben bekommen, so wie sich die gesamte Gesellschaft für die ältere Generation öffnen muss. Ein Umstand, der im Übrigen Kinderlosigkeit prämiiert – so muss die Verantwortung für Kinder auch von allen getragen werden.

Ziel einer aktuellen Familienpolitik muss die Rückkehr zum Familienmodell und dessen Verwirklichung sein. Dabei ist grundsätzlich festzuhalten, dass es keine richtigen oder falschen Kinder gibt. Allerdings muss sichergestellt werden, dass für die Kindesentwicklung die besten Bedingungen vorliegen. Väter, Mütter, Kinder die günstigsten Bedingungen bieten.

Ziel der FDP ist es daher, die nach wirtschaftlichen Interessen der Menschen nach Kindern zu respektieren und die rechtlichen Hindernisse zu beseitigen, die der Realisierung entgegenstehen.

Dabei geht die FDP von einer Gesellschaft aus, der für die Bedürfnisse und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern offen ist und den gesellschaftlichen Wandel, Pluralisierung und neue Lebensentwürfe von Frauen und Männern beinhaltet und also nicht nur Ehepaare, sondern auch alleinerziehende Eltern sowie alle Formen nichtehelicher Lebensgemeinschaften, nichtehelichen, adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern, wo Kinder sind.

Bei der Bekämpfung der niedrigen Geburtenrate gibt es differenzierte Maßnahmen und Studien. Die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie

mangels Kinderwunsch in Sachsen-Anhalt quasi so nicht gegeben, ohne dass dies positive Auswirkungen auf die Geburtenrate hätte. Interessant ist ein Ergebnis, dass in Sachsen-Anhalt der Grund des nichtrealisierten Kinderwunsches ist. Offensichtlich die Möglichkeiten der staatlichen Einflussnahme.

Unterstützend bei der Umsetzung von Wünschen sind nachweislich örtlich vorhandene soziale Netzwerke. Als wichtiger Rückhalt ist auch jenseits aller staatlichen Substitutionsleistungen zu sehen.

Hochproblematisch ist die zunehmende „Lebensspanne des Lebensbereichs“ im Leben der Menschen. In der Spanne zwischen dem Lebensjahr konzentrieren sich der mögliche berufliche Aufstieg, der Aufbau eines eigenen Vermögens und die Phase der Familiengründung.

Ziele

Ziel einer aktiven Familienpolitik ist es, die Wünsche von Eltern nach Kindern zu fördern, indem die Hindernisse abgebaut werden. Die Realisierung von Kinderwünschen entgegenstehen und der Kinderwunsch zu verwirklichen. Geschickte Politik kann diese Hindernisse drosseln.

Beruf

Familienarbeit wird leider bis zum heutigen Tag in den Karrieren als Malus statt als Bonus behandelt. So stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Kinderbetreuung als Flexibilisierungsoptionen, die Entscheidungsvarianten Beruf und Familie aufzulösen zu einem Pro Beruf und Familie.

Statt skeptischer Behauptungen über die Einschränkung einer "rund um die Uhr", "rund um die Uhr" von Eltern mit kleinen Kindern sollte die "Chaos-Karriere" zur Besserstellung von Arbeitnehmern mit Kindern zu einer Veränderungspräferenz führen. Der öffentliche Dienst sollte eine Vorbildfunktion übernehmen.

Beruf und Familie sollten Kinder prinzipiell höher zu wichten, als Alter oder

Liberaler Wert

- familienfreundliche Arbeitszeiten
- als Einstellungskriterium „Kompetenz in der Kindererziehung“
- die Sicherstellung von Vorkindertagesbetreuung der Kinder ab dem 1. Lebensjahr
- die Gewinnung von Unternehmen zum „Audit Beruf und Familie“
- Betriebskindergärten zur Sicherstellung von kindertagesadäquaten Betreuung
- einer Streckung der Karrierephase in der Ausbildung, auch eine Straffung der Ausbildung zum frühzeitigen Berufseinstieg
- vor allem jüngere, gut qualifizierte Erwerbstätige im Land zu halten,
- den Einstieg junger Frauen mit Hochschulabschluss zu unterstützen

Sozialversicherung

Die gegenwärtigen Sicherungssysteme benachteiligen Familien, da die Erziehungskosten privatisiert, die zukünftigen Generationen jedoch hauptsächlich Kinderlosen zu gute kommen.

Zur Würdigung des besonderen Beitrags von Familien zur Sicherung der Renten im gegenwärtigen umlagefinanzierten System und Entlastungen für Eltern mit zwei und mehr Kindern kann eine Familien-Vertrags-Prinzip).

Liberaler wollen:

- einer steuerfinanzierten Familienversicherung
- die Sicherung von Kindern in der GKV bzw. deren Nachfolger
- Beitragsbefreiung für Väter und Mütter mit Kindern bis 3 Jahre in der GKV, auch Übernahme der Beiträge aus Steuermitteln

Von

Im Steuerrecht ist das Einkommenssplitting, welches eine Familienform unterstützt, durch die Einkommensteuern ersetzt werden durch einheitliche hohe Freibeträge für die Einkommensteuer.

Im jenem Alter, in dem die Kinder die Schaffung einer eigenen Existenz die meisten verfügbaren Ressourcen kosten die Kosten der Kindererziehung und die Möglichkeit der Freistellung und Teilzeit Familien mit Kindern doppelt. Die Kindererziehung in den vorhandenen Sozialsystemen in einem Alter gegeben, in dem die Erziehung durch Kindererziehung lange vorbei ist.

Liberale wollen:

- langfristig Gebührenfreiheit im Kindergarten
- die Entlastung von Beiträgen zur Sozialversicherung im Alter anstelle höherer Ansprüche im Alter
- die Vergabe von Darlehen mit der Möglichkeit der Tilgung
- dafür sorgen, dass es jungen Familien finanziell möglich ist, Wohneigentum zu schaffen
- die kostengünstige Abgabe von kommunalen Eigentumswohnungen an junge Familien
- langfristige Kostenrisiken

Früher trugen Kinder ab 14 Jahre zum Familieneinkommen bei während die heutige Kindergeneration vielfach während der ersten 18 Jahren finanziell von ihren Eltern abhängig ist. Damit wird die finanzielle Last der Eltern.

Liberale wollen:

- eine Verkürzung der Schulzeit von Schule und Studium
- bessere Berufsaussichten für junge Menschen

Das Scheidungsrecht ist ein Anreizanspruch der geschiedenen Mutter bei notwendigem Unterhalt für das Kind und relativ unbeachtlich. Dadurch gilt die Ehe als finanziell problematisch, wenn man scheitert.

Die Liberalen wollen:

- des Aufenthaltsortes des Kindes unabhängig von der Herkunft (eheliche und nichteheliche Eltern)
- einer Beschränkung des Anspruchs Geschiedener untereinander

Probleme im Alltag

Bei vielen Verrichtungen (Kindertagesstätten, Ortsveränderung, Wohnungssuche) stellen mehr Probleme als Lösungen dar.

Liberalen wollen:

- eine Motivationskampagne für Eltern, die zeigen, dass Kinder „mehr“ sind
- dass weitere Lokale Bündnisse für Familien entstehen
- Familienfreundlichkeit als Kriterium der Bewertung der Politik des Landes wird (familienpolitisch transparenter Haushalt)
- das familienfreundliche Bauen ebenso wie familienfreundliche Arbeitsplätze
- eine kinderfreundliche kommunale Infrastruktur
- Netzwerke gefördert werden,
- weitere Schulen mit Ganztagsbetreuung geschaffen werden
- eine Vielzahl von Wettbewerben zu Kinderfreundlichkeit
- dass Familien mit Kindern als Zielgruppe von Unternehmen entdeckt und beworben werden
- die Klarstellung, dass Kinder kein „Krankheitsbild“ sind
- Beachtung der "Kinderwagengänge" bei der Auswahl von Verkehrsmitteln
- den Ausbau von zielgruppenspezifischen Angeboten, Betreuungs- und Hilfsangeboten
- Familienforen auf lokaler Ebene
- ein stärkeres Angebot an Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Familien

Die öffentlichen Gelder müssen mit sogenannten Familiencards verstärkt besser genutzt werden, d.h. die Nutzung öffentlicher Einrichtungen für Familien machen.

Des Weiteren sollte eine pronatalistische Politik verfolgt werden, d.h. über das Landesgebiet hinaus die Erziehung von Kindern zu fördern.

Eine klare Wertschätzung von Elternschaft auf allen politischen Ebenen ist gegeben. In den Bildungseinrichtungen ein grundsätzlich positives Bild von Eltern und Kindern vermittelt werden.

Nachwort

Die Entscheidung für die Familienpolitik ist immer zuerst eine emotionale. Staatliche Maßnahmen unterstützen.

Vielleicht fällt die Entscheidung leichter, wenn die Politik nicht ständig von den Nachteilen spricht, auch wenn diese Nachteile bestehen, dürfen sie nicht ignoriert werden.